

nen Gelder dienten. Angeblich waren die Sicherheitsbehörden länger als ein Jahr mit den Ermittlungen beschäftigt, bis im September 2000 Wang Tianyi und zehn andere Verdächtige verhaftet wurden. Bereits zuvor war er von der Disziplinarkontrollkommission des lokalen Parteikomitees kontaktiert worden.

Nach offiziellen Angaben sind im Jahr 2001 auf den verschiedenen administrativen Ebenen landesweit 175.364 Personen durch Disziplinarkontrollkommissionen und andere durch Überwachungsorgane bestraft worden. Darunter sind 16 Funktionäre auf Ministerial- oder Provinzebene, 497 auf Bezirksebene und 6.076 auf Kreisebene. Insgesamt haben die Behörden im Jahr 2001 insgesamt 174.633 Korruptionsfälle aufgedeckt und konnten so in den ersten elf Monaten 250 Mio. RMB von korrupten Funktionären konfiszieren. Angehörige des Militärs sind in diese Angaben nicht eingeschlossen.

Der angesehenen Sozialwissenschaftler Hu Angang fordert indessen ein härteres Vorgehen gegen die Korruption. Er kritisiert, dass in Chinas derzeitigem System „hohe Erträge mit niedrigem Risiko“ eingefahren werden können. Deshalb sollen nach den Vorstellungen Hu Angangs die Kosten für Korruption erhöht werden. So fordert er eine Standardisierung in der Bestrafung, um zu verhindern, dass Funktionäre darauf rechnen, einer Verfolgung mit Glück zu entgehen. Der psychologische Druck sollte durch konsistente Androhung strafrechtlicher Verfolgung sowie durch gesellschaftliche Ächtung von Korruption erhöht werden. (Xinhua, 26.1.02, nach BBC PF, 26.1.02; Xinhua, 23., 25.1.02, nach FBIS, 23., 28.1.02; ZXS, 7.1.02, nach FBIS, 7.1.02) -hol-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

18 Drei Strategien für Wissenschaft und Technik

Wie immer zu Beginn eines neuen Jahres fand auch im Januar 2002 eine

nationale Arbeitskonferenz für Wissenschaft und Technik statt, auf der die im vergangenen Jahr geleistete Arbeit und die Aufgaben für das neue Jahr zur Sprache kamen. In diesem Jahr stand die Konferenz ganz im Zeichen des WTO-Beitritts der VR China. Wie Wissenschaftsminister Xu Guanhua in seinem Bericht erläuterte, bedeute der WTO-Beitritt neue Chancen, aber auch Herausforderungen und Nachteile für die chinesische Wissenschaft. Insgesamt jedoch würden die Vorteile überwiegen, während den Herausforderungen offensiv begegnet werden müsse. Zu diesem Zweck propagierte er drei Strategien:

Erstens gelte es eine Strategie des Wettbewerbs um die besten Fachkräfte anzuwenden, die man für die großen Projekte benötige. Dabei müsse man zielgerichtet um Top-Leute aus dem Ausland werben, einschließlich hochqualifizierter „Gruppen“. Gedacht ist hier offensichtlich vor allem an jüngere Wissenschaftler und Techniker, die im Ausland studiert haben und dort in Spitzenpositionen tätig sind. Sie sollen verstärkt zur Rückkehr nach China bewegt werden, denn von ihnen erhofft man sich innovative Forschung. Zugleich aber soll aktiv Nachwuchsförderung betrieben werden, wobei das Bewertungssystem reformiert werden soll. Für die Bewertung begabter junger Wissenschaftler sollen vor allem die Leistungen und die Ausbildung im Rahmen staatlicher Wissenschaftspläne und -projekte herangezogen werden. Zudem will man eine bessere Personalverwaltung durchsetzen, bei der Wissenschaftler nach ihren Forschungsthemen registriert sind. Außerdem sollen der Anteil der Personalkosten an den Gesamtkosten für Wissenschaft und Technik erhöht und weitere Anreize geschaffen werden.

Die zweite Strategie betrifft Patente und Urheberrechte, die verstärkt geschützt werden sollen. Noch wichtiger aber ist nach Ansicht des Ministers die Erhöhung der Fähigkeit, Patente und Urheberrechte zu schaffen, zu schützen und anzuwenden. Staatliche Projekte im Rahmen der Wissenschaftspläne müssen diese Aufgaben verantwortungsvoll übernehmen. Im Wissenschaftsmanagement muss Patenten eine größere Bedeutung beigemessen werden, insbesondere bei der Bewertung eines Wissenschaftlers. Vor

Beginn neuer Projekte müssen die Kosten für Patente einkalkuliert und die in- und ausländischen Patente berücksichtigt werden.

Bei der dritten Strategie geht es um die Aufstellung technischer Standards. Um den Anforderungen der WTO zu genügen, soll so schnell wie möglich ein in ganz China geltendes System von Standards aufgebaut werden, das es bislang nicht gibt. Dies sei wichtig, um die eigenen Interessen zu wahren. Zum einen will China international mitreden, wenn es um technische Standards geht, zum anderen will man die Wettbewerbsfähigkeit der chinesischen Industrie erhöhen. Dazu seien internationale Standards unerlässlich, heißt es.

Xu Guanhua rief Wissenschaft und Technik dazu auf, in der Übergangszeit nach dem Beitritt zur WTO Anstrengungen zu unternehmen, Durchbrüche bei wichtigen technischen Projekten zu erzielen und diese umzusetzen. Dies gelte im Besonderen für die zwölf Schlüsselprojekte, darunter integrierte Schaltkreise plus Software, Sicherheit in der Informationstechnologie, elektronische Verwaltung und elektronischer Zahlungsverkehr, funktionale Genentschlüsselung, Biochips, elektrisch betriebene Autos, neue Medikamente und Modernisierung traditioneller Medikamente. (Vgl. GMRB, 10.1.02)

Die Ausführungen des Wissenschaftsministers machen einmal mehr deutlich, dass die chinesische Regierung Wissenschaft und Technik mit allen Mitteln voranzutreiben versucht. Die entwickelten Strategien müssen mit Nachdruck umgesetzt werden. Dies wird allerdings nicht einfach sein. Zum einen werden Urheberrechte immer noch zu wenig respektiert, zum anderen ist die chinesische Forschung noch zu wenig innovativ. Zwar gibt es hervorragende Wissenschaftler, die in den Naturwissenschaften und technischen Wissenschaften tätig sind, aber der Nachwuchs muss noch stärker gefördert werden. Auch ist die Rückkehrerquote der Auslandsstudenten immer noch nicht zufriedenstellend, obwohl sie sich in den letzten Jahren merklich verbessert hat. -st-

19 Wissenschaftsplan für Grundlagenforschung

Im Jahre 1998 hat China einen „Staatlichen Plan für die schwerpunktmäßige Entwicklung der Grundlagenforschung“ (*Guojia zhongdian jichuyanjiu fazhan jihua*), den sog. „Plan 973“, aufgestellt. Dieser Wissenschaftsplan wurde relativ spät begründet, Ausdruck der chinesischen Wissenschaftspolitik, bei der der Schwerpunkt auf der anwendungsorientierten Forschung liegt. Die meisten anderen Wissenschaftspläne wurden bereits in den achtziger Jahren begründet, so der „Funkenplan“ (1985) und der „Flächenbrandplan“ (1988), die beide die Entwicklung der Landwirtschaft zum Ziel haben, sowie der „Plan 863“ (1986) und der „Fackelplan“ (1988) zur Förderung der Hightech-Forschung bzw. Umsetzung von Hightech-Forschungsergebnissen. Freilich hat auch die Regierung inzwischen die Bedeutung der Grundlagenforschung für die Entwicklung neuer praxisorientierter Projekte erkannt. Immerhin finanziert sie die Grundlagenforschung über einen staatlichen Wissenschaftsfonds. In diesem Bereich werden die Projektanträge von der Wissenschaft selbst begutachtet.

Mit dem „Plan 973“ fördert der Staat Schwerpunktprojekte, an denen er Interesse hat, d.h., er nimmt Einfluss darauf, welche Forschungsprojekte gefördert werden. Dabei ist er vorrangig an Projekten interessiert, die der chinesischen Volkswirtschaft und gesellschaftlichen Entwicklung dienen. Im Jahre 2001 wurden im Rahmen des „Plans 973“ 171 Forschungsanträge gestellt. Von diesen wurden 21 bewilligt; die Konkurrenz ist also groß. Insgesamt wurden bis Ende 2001 bereits 108 Projekte begonnen. Erste Ergebnisse sollen schon vorliegen. Der Plan, so heißt es, habe die Kooperation zwischen den Akademien und Universitäten verstärkt und den Forscherstamm konsolidiert. Durch ihn wurden eine ganze Reihe von Nachwuchswissenschaftlern ausgebildet, und es wurden zahlreiche hervorragende Wissenschaftler aus dem Ausland nach China zurückgeholt. (Vgl. GMRB, 12.1.02) -st-

20 Bildungswesen: Nachhaltige Entwicklung

Anfang Januar wurde Bildungsministerin Chen Zhili von einem Reporter der *Guangming-Zeitung* interviewt und nach den Erfolgen des Jahres 2001 und den Aufgaben für das Jahr 2002 befragt. Für die Ministerin war das Jahr 2001 kein gewöhnliches Jahr. Vor dem Hintergrund der komplizierten und veränderten internationalen Lage und der mit der schnellen Modernisierung zutage tretenden vielfältigen Probleme habe man im Bildungswesen eine ganze Menge erreicht. Dabei nannte sie folgende Fortschritte: Im Hochschulbereich wurden die ideologische Arbeit und der Aufbau der Partei gestärkt, auf dem Lande ist ein neues Verwaltungssystem für den Pflichtschulbereich eingerichtet worden, die Lehrergehälter sind angehoben worden, im Herbst 2001 sind neue Lehrpläne für den Elementarunterricht in Kraft getreten, die Investitionen in die Elementarbildung sind erhöht worden, das Lehrerkontingent wurde konsolidiert, die Hochschulbildung konnte weiter verbessert werden, und die Unterstützung für die Westgebiete bei der Entwicklung des Schulwesens konnte ausgebaut werden.

Zugleich wies die Ministerin darauf hin, dass trotz aller Erfolge durch die Reformen immer wieder neue Probleme und versteckte Gefahren auftauchen, denen man verstärkte Aufmerksamkeit schenken muss. Manche dieser Probleme bestehen schon seit längerer Zeit, manche sind neu. Seit Jahren wird über die unzureichenden Finanzen geklagt. Die Bildungsausgaben haben sich in den letzten Jahren zwar stetig erhöht, aber sie halten mit der Ausweitung des Schulwesens bei weitem nicht mit. Zudem herrscht zwischen den Regionen sowie zwischen Stadt und Land bei den Investitionen ins Bildungswesen ein starkes Ungleichgewicht, so dass sich die Abstände zwischen den Regionen und zwischen Stadt und Land vergrößern. Die Westgebiete und die ländlichen Gebiete stehen vor neuen Schwierigkeiten, die sich aus der Einführung der neunjährigen Schulpflicht ergeben. Das größte Problem ist, dass die Pflichtschule noch nicht gefestigt und teilweise noch nicht voll eingeführt ist. Die Hochschulbildung kann-

te zwar stark ausgeweitet werden, aber dadurch sind neue Engpässe entstanden (vor allem Raummangel). Aufgrund der neuen Bedürfnisse in Gesellschaft und Wirtschaft ist eine Reform der Fächerstruktur dringend erforderlich. Der Bevölkerung wurden mehr Möglichkeiten der freien Auswahl hinsichtlich der Bildungsangebote gegeben, aber dies steht im Widerspruch zu Engpässen hinsichtlich qualitativer Bildungsressourcen. Nicht zuletzt hat man das Problem zu hoher Schulgebühren immer noch nicht in den Griff bekommen.

Chen Zhili plädierte für eine nachhaltige Entwicklung im Bildungswesen. Dies bedeutet für sie in erster Linie Konsolidierung und stetige Weiterentwicklung des Schulwesens. Dazu ist die Umsetzung der Regierungsbeschlüsse der letzten Jahre erforderlich. Ferner zählen dazu als Schlüsselaufgaben die Einführung qualitativer Bildung, die Stärkung der moralischen Bildung, die schnelle Einführung neuer Schulbücher und die Reform des Bewertungssystems bei den Prüfungen. Für die Konsolidierung der Schulpflicht auf dem Lande muss die Verwaltungsreform durchgeführt werden, damit die Landkreise, wie vorgesehen, die Hauptrolle bei der Kontrolle spielen. Dabei ist darauf zu achten, dass die Abbrecherrate auf der Unterstufe der Mittelschule effektiv gesenkt wird. Die Investitionen in den Pflichtschulbereich müssen erhöht werden. Die illegale Erhebung von Schulgebühren muss unterbunden werden, und es müssen Normen für die Erhebung solcher Gebühren aufgestellt werden. Ein weiteres Problem ist die vorgesehene Erweiterung der Sekundarstufe II. In den kommenden Jahren wird sich die Zahl der Absolventen der Sekundarstufe I im Vergleich zum Jahr 2000 jährlich um 5 bis 6 Millionen erhöhen. Wenn man bis zum Jahr 2005 die Übergangsrate zur Sekundarstufe II auf rund 60% erhöhen will, dann ist dieses Ziel, rein von den Kapazitäten gesehen, schwer zu erreichen. Deshalb muss verstärkt in den Bereich der Mittelschuloberstufe investiert werden, die Kapazitäten müssen erhöht werden, und zudem müssen auf dieser Schulstufe mehr nichtstaatliche Schulen eingerichtet werden.

Im Hochschulsektor konnte im Jahr 2001 die Zahl der Neuzulassungen im Vergleich zum Jahr 1998 mehr als verdoppelt werden. Diese schnelle Ausweitung der Hochschulbildung wurde allgemein begrüßt, aber sie hat in Bezug auf den Hochschulbetrieb auch neue Probleme geschaffen. Nicht alle Hochschulen sind aufgrund ihrer Bedingungen geeignet, die Zahl ihrer Studenten zu erhöhen. Künftig soll sich der Umfang der Studienplatzzuweisung danach richten, wieviel die Lokalregierung in die betr. Hochschule investiert; ohne die entsprechenden Voraussetzungen dürfen die Hochschulen ihre Neuzulassungen nicht uneingeschränkt erhöhen. Da heutzutage Studiengebühren erhoben werden, die mittlerweile einen wesentlichen Teil der Hochschulhaushalte ausmachen, sind die Hochschulen durchweg an möglichst vielen Studenten interessiert. Soll die Qualität der Hochschulbildung gewährleistet sein, muss der Staat hier seine Kontrollfunktion zur Geltung bringen.

Zum Schluss ging die Ministerin auf Chinas Beitritt zur WTO ein, der auch für den Bildungsbereich neue Anforderungen und neue Herausforderungen mit sich bringt. China muss mit seinem relativ schwach entwickelten Bildungswesen mit stärkeren Ländern in Konkurrenz treten. Die rechtliche Grundlage für eine Zusammenarbeit mit dem Ausland stellen die „Vorschriften für die chinesisch-ausländische Kooperation beim Betreiben von Schulen“ dar. Die internationale Zusammenarbeit im Bildungswesen soll anhand dieser Regelungen ausgebaut werden. Das Auslandsstudium von Regierungsstipendiaten soll verbessert, der Austausch im Bildungswesen verstärkt und die gegenseitige Anerkennung von Studiengängen vorangetrieben werden. Vor allem in der Berufsbildung sind Struktur Anpassungen notwendig. Im Wettstreit um die besten Fachleute, insbesondere für die Bereiche Hightech und neue Technologien, wird China noch mehr Anstrengungen unternehmen, hervorragende Fachleute aus dem Ausland nach China zu ziehen. (Vgl. RMRB, 8.1.02, S.10) -st-

21 Zunehmende Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen

In China wachsen die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen in den letzten Jahren immer mehr an. Dies hat eine Erhebung herausgefunden, die kürzlich vom Chinesischen Frauenverband und dem Staatlichen Statistikamt durchgeführt wurde. Die Erhebung über den gesellschaftlichen Status der Frau in China hat ergeben, dass sich der Abstand zwischen den Einkommen der Männer und Frauen seit 1990 in den Städten um 7,4% und auf dem Lande sogar um 19,4% erhöht hat. Frauen verdienen tendenziell für die gleiche Arbeit weniger als Männer. Dies wird besonders in höheren Positionen deutlich. Frauen in leitenden Positionen (*female executives*) erhalten im Durchschnitt nur 57,9% der Gehälter für Männer in gleichen Positionen, und in gehobenen Berufen wie z.B. im akademischen Bereich (*senior professionals*) durchschnittlich 68,3% der Männergehälter. Bei der Erhebung wurden 48.192 Personen in 30 Provinzen befragt. Der Lohn der städtischen Arbeiterinnen liegt im Durchschnitt um 30% niedriger als der von Arbeitern (sie erhalten nur 70,1% von dem, was Männer verdienen). Auf dem Lande erhalten in der Landwirtschaft tätige Frauen nur 59,6% von dem, was Männer verdienen. (XNA, 24.1.02, nach FBIS, 25.2.02) -st-

22 Besuchserlaubnis für Exilrythmiker Bei Dao

Einer der führenden Exilschriftsteller, der Lyriker Bei Dao, der heute in Kalifornien lebt, erhielt im Dezember 2001 von den chinesischen Behörden die Einreiseerlaubnis nach China, um seinen kranken Vater zu besuchen. Bei Dao hielt sich auf Sondergenehmigung vom 9.12.01 bis zum 6.1.02 in China auf. Im Jahre 1994 hatte der Lyriker schon einmal versucht, nach China zu kommen. Damals wurde sein Gesuch jedoch wegen seiner Arbeit für die von chinesischen Exilanten in New York organisierte Menschenrechtsorganisation „Human Rights in China“ abgelehnt. Bei Dao spielte im „Beijinger Frühling“ der Jahre 1978/79 eine führende Rolle. Damals gründe-

te er zusammen mit seinem Dichterkollegen Mang Ke die Literaturzeitschrift *Jintian* (Heute), die 1980 verboten wurde. Nach der gewaltsamen Unterdrückung der Studentenproteste im Juni 1989 musste Bei Dao das Land verlassen, weil er sich für die Freilassung des inhaftierten Dissidenten Wei Jingsheng eingesetzt hatte.

Während seines Aufenthalts in China hatten die Behörden die Auflage gemacht, dass Bei Dao keine öffentlichen Erklärungen abgeben dürfe. Trotzdem traf er mit mehreren Schriftstellern und Journalisten zusammen. Inwieweit Bei Daos Besuch eine Lockerung in Bezug auf die offizielle Haltung gegenüber den Exilchinesen anzeigt, lässt sich noch nicht sagen. Das in Hongkong ansässige Information Centre for Human Rights and Democracy sieht keine Anzeichen für eine Lockerung. Exildissidenten sei bisher grundsätzlich die Einreise verwehrt worden, auch wenn sie gültige Pässe hätten. Manche seien nach China zurückgekehrt und gleich wieder verhaftet worden. (AFP Hongkong, 22.1.02, nach FBIS, 22.1.02) -st-

23 Baubeginn des sechsten Atomkraftwerks

China hat mit den Vorarbeiten für das sechste Atomkraftwerk im Kreis Sanmen in der Provinz Zhejiang begonnen. Es handelt sich dabei um eine 3,14 km lange Zufahrtstraße. Den Planungen zufolge soll das Werk vier Generatoren mit einer Kapazität von je einer Million Kilowatt haben. Die Kosten werden mit 25 Mrd. RMB Yuan veranschlagt. Im zweiten Quartal dieses Jahres wird man damit beginnen, drei Hügel einzuebnen, um den Grund für den Bau vorzubereiten. In China sind zurzeit zwei Atomkraftwerke in Betrieb, und zwar das Werk Dayawan in Guangdong und das Werk Qinshan in Zhejiang. Drei weitere befinden sich im Bau: der zweite Bauabschnitt des Werkes Qinshan, das Werk Tianwan in Jiangsu und das Werk Ling'ao in Guangdong. (XNA, 8.1.02)

China verfolgt mit seiner Energiepolitik das Ziel der Diversifizierung. Deshalb wird mittlerweile auch verstärkt auf Atomenergie gesetzt. Wegen der vielen erdbebengefährdeten Bergregionen werden Atomkraftwer-

ke vorwiegend an der Küste gebaut. Diese Standorte haben allerdings den Nachteil, dass sie in dicht besiedelten Gegenden liegen. (XNA, 8.1.02) -st-

Außenwirtschaft

24 China will im IT-Sektor mit Indien kooperieren

Mitte Januar reiste Ministerpräsident Zhu Rongji zusammen mit einer Delegation von Unternehmensvertretern nach Indien. Ein Schwerpunkt des Staatsbesuchs war die Intensivierung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen.

Zhu Rongji rief in einer Rede in Mumbai, Provinzhauptstadt des indischen Bundesstaates Maharashtra an der Westküste und wichtiges Wirtschaftszentrum, dazu auf, das bisherige Volumen des bilateralen Handels von derzeit rd. 3 Mrd. US\$ auf 10 Mrd. US\$ auszuweiten. Der beidseitige Handel liege auf einem Niveau vergleichbar mit dem bilateralen Handel zwischen Vietnam und China. Indien und China sollten ihre jeweiligen Chancen auf dem Markt des anderen Landes besser erkunden und durch Kooperation zum wirtschaftlichen Wohlstand in der Region beitragen.

Als Beispiel der zukünftigen engeren Zusammenarbeit hob Zhu Rongji die Kooperationschancen im IT-Sektor hervor. Indien sei die Nummer Eins in der Software-Entwicklung, China nehme den ersten Platz bei der Hardware-Produktion ein. Zusammen, so Zhu Rongji, würden Indien und China weltweit in beiden Bereichen Nummer Eins werden. China könnte in Indien Joint-Venture-Unternehmen gründen, da auch dort Arbeit kostengünstig sei, und IT-Produkte zu niedrigeren Preisen als bisher produzieren. Zhu wies darauf hin, dass seiner Information nach die Preise für Elektronikprodukte und Haushaltselektronik, einschließlich Kühlschränken und Farb-TV, in Mumbai um das Sechsfache höher als in China liegen würden.

Um die Felder der möglichen Zusammenarbeit im Bereich Ausbildung und

Computerhardware zu identifizieren, schlug Zhu Rongji die Gründung einer sino-indischen Arbeitsgruppe für Wissenschaft und Technologie vor. Während des Staatsbesuchs wurde zwischen der Federation of Indian Chambers of Commerce and Industry sowie dem China Council for the Promotion of International Trade eine Übereinkunft über die Förderung der weiteren Zusammenarbeit in Wirtschaft, Handel und Technologie unterzeichnet. (BBC PF, 16. und 17.1.02)

Indiens herausragende internationale Position in der Software-Entwicklung spiegelt sich in einem Exportvolumen von 6,24 Mrd. US\$ (Fiskaljahr 2001-2) gegenüber knapp 1 Mrd. US\$ chinesischer Exporte in diesem Bereich wider. Um im Wettbewerb mit Indien gleichzuziehen, verfolgt die chinesische Regierung nicht nur die Strategie, die inländischen Rahmenbedingungen für diesen Sektor zu verbessern. Gleichzeitig sind eine Reihe von Software-Unternehmen aus China bereits in Indien auf Talentsuche gegangen. Ein Beispiel ist das chinesische Unternehmen Huawei Technologies, das eine Niederlassung in Bangalore aufgebaut hat und dort 536 Arbeitskräfte beschäftigt. Neben den indischen Programmierern arbeiten dort 180 chinesische Beschäftigte, die auch die dortige Unternehmenskultur absorbieren sollen.

Die Frage, warum Indien in der Software-Entwicklung China weit überlegen ist, stand auch während der Reise einer IT-Delegation aus China nach Bangalore im Mittelpunkt des Interesses. Die Delegation kam zu der Einschätzung, dass die herausragende Stellung Indiens in diesem Bereich in erster Linie auf das indische Bildungssystem, die Englischkenntnisse und frühe Initiativen der Regierung zur Förderung dieser Industrie zurückzuführen sind. Indien habe den größten englischsprachenden Pool von Software-Ingenieuren außerhalb der USA, die zu einem Viertel des US-Kostenniveaus arbeiten würden. Während hierzu in China 30.000-35.000 Fachkräfte zählen würden, gebe es in Indien rd. 300.000 Software-Ingenieure. (BBC PF, 23.1.02) -schü-

25 „Positiver Einfluss des Euro auf die chinesische Wirtschaft“

Die Nachrichtenagentur Xinhua veröffentlichte Anfang Januar d.J. einen Bericht über die Auswirkungen der Euro-Einführung auf die chinesische Wirtschaft. Chinesischen Experten zufolge sei die Einführung des Euro mit einem größeren Entwicklungsspielraum für den Handel zwischen China und den EU-Staaten und mit neuen Chancen für chinesische Unternehmen verbunden.

Aus Sicht Chinas ist die EU als Wirtschaftsblock der drittgrößte Handelspartner. Der Außenhandel zwischen der EU und China nahm in den letzten Jahren zwar weiter zu, habe jedoch im Vergleich zum Handel mit Japan und den USA noch ein erhebliches Entwicklungspotenzial. Chinesischen Statistiken zufolge erreichte der Wert des Gesamthandels im Jahre 2000 ein Volumen von rd. 69 Mrd. US\$. Auch die Investitionen aus der EU seien mit einem Anteil von 2,24% an dem gesamten Kapitalzuflüssen aus dem Ausland noch relativ niedrig und könnten weiter wachsen.

Wird die gesamte Bevölkerung der EU, das BIP und das Handelsvolumen der Euro-Zone betrachtet, so entfallen auf diesen Wirtschaftsblock ähnlich hohe Anteile wie auf die USA. Die Exportgüterstrukturen der EU und China seien stark komplementär. China brauche fortgeschrittene Technologien und Kapital aus der EU-Zone, während die EU Chinas Importprodukte mit einer traditionell hohen Qualität benötige. Der WTO-Beitritt Chinas werde die Handels- und Investitionsbeziehungen zwischen der EU und China noch weiter intensivieren.

Nach Ansicht von Experten, so der Xinhua-Bericht, werde sich der Wert des Euro nach seiner Einführung stabilisieren, und die neue Währung werde ein hohes internationales Ansehen und eine hohe Stabilität erreichen. Das Währungsrisiko, das bisher durch die Schwankungen der Wechselkurse einzelner EU-Staaten aufgetreten sei, werde reduziert und die Entwicklung der Handelsbeziehungen mit Europa verstärkt werden.

In der Euro-Zone würden die Preise aller Produkte durch den Euro ausge-